

# **Gemeinsam für einen starken Industriestandort Europa**

Positionen der Stahlindustrie  
in Deutschland



---

# Industriestandort Europa – Die Weichen auf Zukunft stellen

Die Stahlindustrie ist untrennbar mit dem europäischen Projekt verbunden. Was vor rund 70 Jahren mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) begann, ist mit der Europäischen Union (EU) zu einer Erfolgsgeschichte für Wohlstand und Frieden geworden. Und auch heute bekennt sich die Branche in Deutschland zum gemeinsamen Staatenverbund.

Der wirtschaftliche Erfolg Europas basiert nicht zuletzt auf der Industrie. In ihrem Programm für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat sich die Bundesregierung daher richtigerweise das Ziel gesetzt, diese gezielt zu stärken. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei auf den stahlbasierten Wertschöpfungsketten liegen, die einen entscheidenden Beitrag zur Innovationskraft und Wirtschaftsleistung Europas leisten. Nur mit einer starken Industrie kann die akute Krise in Folge der Corona-Pandemie nachhaltig überwunden werden.

Zugleich müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Dekarbonisierung der Wirtschaft auf den Weg gebracht und der Green Deal umgesetzt werden. Da auf die Stahlindustrie ein Viertel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen im Industriesektor entfällt, muss die

Etablierung einer CO<sub>2</sub>-armen Stahlproduktion industriepolitisch eine entscheidende Rolle spielen. Damit diese Transformation in den nächsten Jahren gelingen kann, sind eine Vielzahl von Herausforderungen gleichzeitig anzugehen: Dazu zählen die Schaffung von fairen Wettbewerbsbedingungen im Außenhandel, staatliche Unterstützung bei der Anschubfinanzierung, die Entwicklung von Leitmärkten für grünen Stahl bis hin zum Aufbau der erforderlichen energiewirtschaftlichen Infrastruktur. Deutschland sollte seine Ratspräsidentschaft nutzen, um bei der Bewältigung dieser Herausforderungen entscheidende Schritte voranzukommen. Dabei könnte es hilfreich sein, eine EU-Ratsarbeitsgruppe Stahl zu etablieren, um die notwendige Koordinierung der verschiedenen Einzelmaßnahmen zu einem industriepolitischen Gesamtkonzept zu gewährleisten.

**Mit der EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli 2020 beginnt, hat Deutschland eine historische Chance, die Weichen für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Industriestandort Europa zu stellen. Die im Folgenden zusammengefassten Handlungsempfehlungen der Stahlindustrie in Deutschland sollen eine industriepolitische Orientierung bieten.**

## Corona-Krise bewältigen und Autonomie der industriellen Kerne sichern



Die Bewältigung der Corona-Krise ist ein historischer Kraftakt für die gesamte Gesellschaft. Die Wirtschaft in Deutschland basiert in hohem Maße auf den vielfältigen, intakten Wertschöpfungsketten. Eine wirtschaftliche Erholung nach der akuten Corona-Krise kann nur gelingen, wenn diese vollständig erhalten bleiben. Dringend notwendig sind hierzu ein breit angelegtes Maßnahmenpaket, das einerseits Konsum- und Investitionsnachfrage in der Breite anschiebt und zugleich den Rahmen für eine klimaneutrale Wirtschaft auf den Weg bringt.

### Handlungsempfehlungen

- › Umfassendes EU-Erholungsprogramm zur Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung anlegen.
- › EU Recovery Plan und nationale Konjunktur- und Investitionsprogramme eng koordinieren, um dem Hochfahren europäischer Wertschöpfungsketten Rechnung zu tragen und innereuropäische Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

## Faire Handelspolitik garantieren

Die EU steht vor enormen außenhandelspolitischen Herausforderungen. Die globale Strukturkrise verschärft sich in Folge der Corona-Pandemie weiter. Hinzu kommen Dumping- und Subventionspraktiken von Drittstaaten sowie massive Handelsumlenkungen. Gerade in dieser schwierigen Situation kommt es darauf an, dass sich die EU für eine multilaterale und regelbasierte Welthandelsordnung einsetzt, sich aber auch konsequent zur Wehr setzt, sollte es zu Verstößen kommen.

### Handlungsempfehlungen

- › Entwicklungen auf der Importseite eng überwachen. Bei ersten Befunden einer weiteren Importkrise erneute Überprüfung der bestehenden Safeguard-Maßnahmen bzw. Prüfung alternativer Maßnahmen; Schutz der Stahlindustrie nach Auslaufen der Maßnahmen Mitte 2021 sicherstellen.
- › Multilaterale Bemühungen zum Abbau von Subventionen und die Arbeit im Globalen Forum zu Stahlüberkapazitäten der G20 weiterhin unterstützen.
- › WTO-konforme Handelsschutzinstrumente konsequent anwenden und weiter anpassen (vor allem im Bereich der Bekämpfung von unerlaubten Subventionen).
- › Bestehendes handelspolitisches Instrumentarium der EU (z.B. Abschluss eines Internationalen Beschaffungsinstruments (IPI)) weiterentwickeln.

# Transformation voranbringen

Die Stahlindustrie in Deutschland bekennt sich zu den Klimaschutzzielen von Paris und setzt alles daran, bis 2050 klimaneutral zu sein. Dies setzt eine Transformation in der Produktionsweise des Werkstoffs Stahl voraus. Erst die Umstellung auf CO<sub>2</sub>-arme Stahlproduktionsverfahren ermöglicht es stahlverarbeitenden Industrien, klimaneutrale Produkte für die Endverbraucher herzustellen. Ein glaubwürdiger Green Deal braucht daher grünen Stahl.

## Handlungsempfehlungen

- › Europäische Wasserstoffstrategie entwickeln.
- › EU Recovery Plan so ausgestalten, dass Investitionen in die Transformation von Grundstoffindustrien wie dem Stahl unterstützt werden.
- › Schnelle Aktivierung der von der Kommission vorgeschlagenen neuen Hochrangigen Arbeitsgruppe zu industriellen Ökosystemen, die sämtliche Akteure innerhalb der Stahl-Wertschöpfungsketten berücksichtigt.
- › Leitmärkte mit Anreizen für den Einsatz von grünem Stahl schaffen.
- › Öffentliches Auftragswesen nachhaltig ausgestalten.
- › Instrumente zum Ausgleich von Investitionen und höheren Kosten durch die

Einführung von CO<sub>2</sub>-armen Produktionsverfahren schaffen.

- › Ergänzung der Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien (EEAG) sowie der IPCEI-Mitteilung (Important Projects of Common European Interests) zur wirksamen Förderung CO<sub>2</sub>-armer Produktionsverfahren.
- › Stahl in der EU-Forschungsförderung mehr berücksichtigen.
- › Schwellenwerte und Beihilfeintensität für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten erhöhen.
- › Zugang zu Sustainable Finance während der Transformation sicherstellen.

## Carbon Leakage verhindern

Energie- und klimapolitische Kosten sind ein zentraler Standortfaktor für energieintensive Branchen wie die Stahlindustrie. Bei einer Anhebung des EU-Klimaziels nimmt das Risiko einer unerwünschten Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in andere Regionen der Welt mit einer weniger restriktiven Energie- und Klimapolitik (Carbon Leakage) erheblich zu. Daher müssen Belastungen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stahlerzeuger vermieden und konkurrenzfähige Energiepreise sichergestellt werden.

## Handlungsempfehlungen

- › Europäisches Klimaziel für 2030 nur unter der Voraussetzung, dass die notwendigen

politischen Rahmenbedingungen und Instrumente zur Entwicklung einer wettbewerbsfähigen CO<sub>2</sub>-armen Stahlproduktion zur Erreichung der Ziele geschaffen werden, anheben.

- › Anhebung des Klimaziels durch Folgenabschätzung begleiten.
- › Menge an freien Zertifikaten für die Industrie im EU-Emissionsrechtehandel (EU-ETS) nicht weiter verknappen.
- › Faire Lastenverteilung durch eine stärkere Gewichtung bei Non-ETS-Sektoren.
- › Im EU-Beihilferecht sicherstellen, dass Belastungsbegrenzungen von Umlagen und Steuern auf den Energieverbrauch weiterhin wirksam möglich sind.
- › Vollumfassende Strompreiskompensation durch ETS-Beihilfeleitlinien ermöglichen.
- › Ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus sollte bestehende Carbon Leakage-Schutz-Instrumente (ausreichende freie Zuteilung und vollumfassende Strompreiskompensation) ergänzen, darf sie aber nicht ersetzen.

## Circular Economy ankurbeln

Circular Economy bedeutet, Produkte und Werkstoffe, Energie und Ressourcen, aber auch Abfälle und Reststoffe nachhaltig und so lange wie möglich zu nutzen. Dies liefert auch Beiträge zum Klimaschutz. Stahl bringt hierfür die besten Eigenschaften mit und die

Branche ist im Sinne einer Kreislaufwirtschaft bereits gut aufgestellt. Dies gilt in der Produktion und der Stahlanwendung. Damit das Ziel einer klimaneutralen und ressourceneffizienten Gesellschaft erreicht werden kann, muss der Kreislaufgedanke weiter gestärkt werden.

### Handlungsempfehlungen

- › Neuausrichtung der Ökodesign-Richtlinie auf nachhaltige Produktlebenszyklen und „Multi-Recycling-Werkstoffe“ sicherstellen.
- › Märkte für wiederverwendbare und recyclingfähige Grundwerkstoffe sowie mineralische Ersatzbaustoffe, bspw. bei der öffentlichen Beschaffung, entwickeln.
- › Renovierungswelle im Baubereich mit Kriterien zur Verbesserung der Ökobilanz von Gebäuden (Energieeffizienz und Recyclingfähigkeit), anstoßen.
- › Überregulierung bei „schadstofffreien Stoffkreisläufen“ vermeiden, um Stoffverbote zu verhindern, welche Recycling-Kreisläufe unter Umständen behindern.
- › Angekündigte EU-Chemikalienstrategie muss effiziente Stoffkreisläufe erhalten und fördern.
- › Nachhaltigeres Abfallmanagement in Mitgliedstaaten muss illegalen Export von Abfällen unterbinden (Abfallverbringungsverordnung).
- › Keine Revision der Industrieemissionsrichtlinie (IED), sondern EU-weit einheitliche Anwendung und Optimierung des BREF-Prozesses.

## Wirtschaftsvereinigung Stahl

Französische Straße 8  
10117 Berlin  
Tel. +49 30 232 5546-0

Avenue des Arts 56  
1000 Brüssel  
Tel. +32 (0) 2-8011387

Sohnstraße 65  
40237 Düsseldorf  
Tel. +49 211 6707-0

info@wvstahl.de  
www.stahl-online.de

-  [www.stahl-blog.de](http://www.stahl-blog.de)
-  [www.facebook.com/stahlonline](http://www.facebook.com/stahlonline)
-  [www.twitter.com/stahl\\_online](http://www.twitter.com/stahl_online)
-  [www.youtube.com/stahlonline](http://www.youtube.com/stahlonline)